

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Landesamtsdirektion
Abteilung Internationale und Europäische Angelegenheiten
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An den
Präsidenten des Landtages von Niederösterreich
Mag. Karl Wilfing

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 30.10.2019

zu Ltg.-695/A-1/53-2019

E-Ausschuss

LAD4-I-2002/004-2019

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Beilagen

E-Mail: post.lad4@noel.gv.at

Fax: 02742/9005-13610 Bürgerservice: 02742/9005-9005

Internet: www.noel.gv.at - www.noel.gv.at/datenschutz

(0 27 42) 9005

Bezug

Ltg.-695/A-1/53-2019

BearbeiterIn

Mag. Bettina Fraunbaum

Durchwahl

13498

Datum

29. Oktober 2019

Betrifft

EU-Regionalpolitik als wesentlicher Bestandteil des Mehrjährigen Finanzrahmens der EU in der Periode 2021-2027; Entschließung des NÖ Landtages vom 13. Juni 2019, Ltg.-695/A-1/53-2019; Beantwortung

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne des Beschlusses des NÖ Landtages vom 13. Juni 2019, Ltg.-695/A-1/53-2019, ist die NÖ Landesregierung bei der Bundesregierung vorstellig geworden und hat diese aufgefordert, sich für Niederösterreich und die übrigen Regionen – unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung – für eine ausreichende Mitteldotation ohne überproportionale Kürzung in der Regionalpolitik (Kohäsionsmittel) einzusetzen.

Die Position Niederösterreichs und der Bundesländer sollen bei den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU für die Periode 2021-2027 – auch bei den künftigen Verantwortungsträgern der EU-Institutionen mit Nachdruck vertreten werden.

Gemäß der Geschäftseinteilung des Amtes der NÖ Landesregierung ist dieser Beschluss federführend von der Abteilung Internationale und Europäische Angelegenheiten zu vollziehen.

Dazu wird folgender Bericht abgegeben:

Am 15. Juli 2019 richtete Herr Landesrat Martin Eichinger ein Schreiben an Frau Bundeskanzlerin Bierlein und an Herrn Außenminister Schallenberg.

In weiterer Folge langten zwei Antwortschreiben ein.

Im Schreiben des Bundeskanzleramtes wurde im Wesentlichen ausgeführt, dass der Beschluss des NÖ Landtages dem Ministerrat in seiner Sitzung am 31. Juli 2019 zur Kenntnis gebracht worden ist.

Herr Außenminister Schallenberg teilte in seinem Antwortschreiben vom 9. September 2019 mit, dass die österreichische Position die Forderungen des NÖ Landtages widerspiegeln, dass auch stärker entwickelte Regionen in Zukunft Kohäsionsmittel erhalten müssen.

Durch den Brexit falle jedoch ein großer Nettozahler weg und seien zusätzliche Herausforderungen wie der Schutz der EU Außengrenzen zu bewältigen.

Das Ziel Österreichs sei daher ein schlanker und effizienter Finanzrahmen, der die Kontinuität der bestehenden Fonds im Bereich Kohäsion (ESF, EFRE) nicht gefährdet und die Mittelausstattung auf dem Niveau der laufenden Förderperiode sicherstellen soll.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung
Dr. E i c h t i n g e r
Landesrat